

Waltherstr. 16a, 80337 München

Gesundheitsladen

Rundbrief

Nummer 1/2010
30. Jahrgang

Berichte · Dokumentationen · Veranstaltungshinweise



Tag gegen Lärm
28. April 2010
in und um München

**Zukunft der
Patienten-
beratung**

Mitgliederversammlung
20.4.2010, 20 Uhr

Kooperationen

GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONEN- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

http:
www.gesundheitsladen-
muenchen.de
E-Mail: mail@
gesundheitsladen-
muenchen.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

**PatientInnenstelle
München**
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 17 - 20 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr
sowie nach Vereinbarung.

**UPD Beratungsstelle
München für Oberbayern**
Tel: 089 / 18 91 37 22
Di, Mi, Fr 10 - 14 Uhr
Mi 15 - 19 Uhr

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 700 205 00
Kontonummer 88 87 800

INHALT :
Der Verein **2**
GL-intern **3, 4**
AU-Broschüre **4**
BAGP-Rundbrief **5**
Gesundheit & Umwelt **6, 7**
UPD Oberbayern **8, 9**
Gesundheitspolitik **10, 11**
Ärzte ./ Rösler's Rezepte **11**
Söder **12**
Austausch **13**
Patientenrechte **14**
Rezensionen **15**

Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 2/2010

15. Mai 2010

Impressum:

Der Rundbrief
ist das Organ des
Gesundheitsladens.

Verantwortlich für Inhalt und Layout:

Petrit Beqiri, Sarah Bille,
Peter Friemelt, Jürgen
Kretschmer, Waltraud
Kröner, Gunhild
Preuß-Bayer, Adelheid
Schulte-Bocholt, Carola
Sraier, Silvi Sterr

Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel liegen
in der Verantwortung
des/der jeweiligen
AutorIn, sie geben
nicht unbedingt die
Meinung der Redakti-
on wieder.

Belichtung & Druck:

ulenspiegel druck
gmbh, Andechs,
zertifiziertes Umwelt-
management nach
EMAS,
Recyclingpapier

Materialien

● Rundbrief ☐

4 mal im Jahr mit Beiträgen aus
der Vereinsarbeit und aktu-
ellen Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €

Broschüren

3,- € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

● Patientenrechte—Ärzte- pflichten, Neuauflage 2009 ☐

● Patientenrechte bei ärztli- chen Honorarforderungen ☐

3,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

● Informationen rund um die Versorgung mit Zahnersatz ☐

0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)

● Zahnersatz 2005: Befundorientierte Festzu- schussregelung ☐

● Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht ☐

● Einsichtsrecht in Patientenun- terlagen ☐

● Die ärztliche Aufklärung ☐

● Gesetzlich versichert - privat bezahlen? ☐

● Gesundheitsreform 2007 ☐

● Konflikte mit der GKV ☐

● Gesundheitsfonds 2009 ☐

● Satzung ☐ Bei Bestellungen unter 3,- € bitte Betrag in Briefmarken bei- legen!

**Alle genannten Materialien sind
für Mitglieder kostenlos.**

Angebote

Information

Gesammelt und weitergege-
ben werden Informationen
über Einrichtungen, Selbsthilfe-
gruppen, Veranstaltungen, Bü-
cher und Zeitschriften. Es gibt
eine Bibliothek, einen PC für
Recherche und das Archiv.

Kooperation

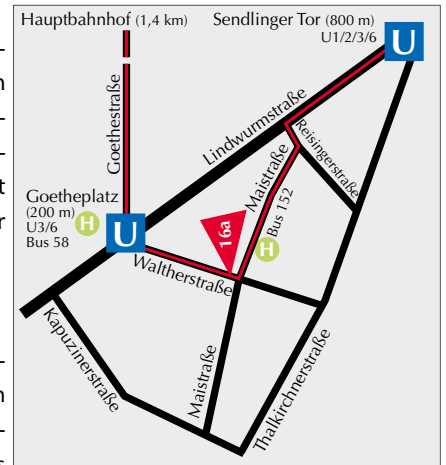
Wir arbeiten mit anderen Initi-
ativen und Facheinrichtungen
kommunal, regional und bun-
desweit zusammen. Besonders
intensiv begleiten wir die Arbeit
der Patientenfürsprecher/innen in
den städtischen Kliniken.

Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter an-
derem mit folgenden Themen:
Datenschutz im Gesundheitswesen,
medizinische Gutachten, autofrei-
es Wohnen, Hören und Schutz der
Ruhe.
Die Arbeitskreise sind für alle of-
fen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Pres-
seerklärungen und Terminhinwei-
se, den Rundbrief u.a. in digitaler
Form und links zu anderen Einrich-
tungen.



Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände, He-
rausgabe unserer Zeitschrift, weite-
re Texte und Ausstellungen.

Die Patientenstelle München und
die unabhängige Patientenbera-
tung Oberbayern sind aus Akti-
vitäten des Gesundheitsladens
hervorgegangen. Sie bieten un-
abhängige Beratung, Information
und Orientierung. Der Schwer-
punkt liegt auf der psychosozialen
Einzelhilfe.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadt-
weit machen wir Angebote zur Ver-
besserung der Lebenssituation.
Wir organisieren Veranstaltungen
zum »Tag gegen Lärm« und zu
„Wohnen ohne Auto“.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere,
10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

BLZ:

Kontonummer:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

mit freundlicher Unterstützung der
Landeshauptstadt
München
Referat für Gesundheit
und Umwelt



Liebe FreundInnen, Mitglieder und FördererInnen des Gesundheitsladen München,

Viele gute Wünsche

für das schon fortgeschrittene
Jahr 2010 vom GL-Team.

Viele Neuigkeiten

Viel Lobbyarbeit für die Fort-
führung unserer Patientenbera-
tungsstellen prägte die ersten
Monate 2010.

Viele Anfragen zur Arbeitsun-
fähigkeit führten zur Erstellung
einer neuen Patienteninfo (S. 8).

Viele Veranstaltungen zum »Tag
gegen Lärm« liegen einem Teil
dieses Rundbriefes bei.

Viele Annäherungen an neuer
Stelle (s.S. 10-11) eröffnen neue
Perspektiven.

Viele Neue

Hallo,
mein Name ist **Barbara Meng**
und ich bin seit dem 1. März
Praktikantin hier im GL!
Nach mehrjähriger Berufstätig-
keit als Erzieherin begann ich im
Herbst 2008 das Studium der
Sozialen Arbeit an der Katho-



lischen Stiftungsfachhochschu-
le hier in München. Schon im
vergangenen Semester wählte
ich „Soziale Arbeit im Gesund-
heitswesen“ und freue mich nun
in meinem Praktikum praktische
Erfahrungen sammeln zu kön-
nen. Bis zum 31. Juli 2010 bin ich
hier im Gesundheitsladen anzu-
treffen und freue mich sehr auf
eine weiterhin spannende und
lehrreiche Zeit.



Ein weiteres Hallo,
mein Name ist **Christina Krie-
ger** und ich bin seit März im
Gesundheitsladen. Ich habe in
Regensburg Sozialpädagogik
studiert und war drei Jahre für
das Frauengesundheitszentrum
in Regensburg tätig. Schwer-

punkthemen waren dort zum
Beispiel Essstörungen, Verhü-
tung und natürlich Frauenge-
sundheit. Danach war ich zwei
Jahre bei einem Bildungsträger
in der Jugend- und Erwachse-
nenbildung beschäftigt.
Jetzt freue ich mich auf meine
Rückkehr in den Gesundheits-
bereich und auf eine spannende
Zeit im Gesundheitsladen!

Fortsetzung GL-intern S. 4

T
E
R
M
I
N
E

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
27. 3. 9.15 h	Angst im Krankenhaus	Ev. und kath. Akademie in Berlin	Gendarmenmarkt 5, Berlin-Mitte	030-20355-411
12. 4. 18 h	Gesundheit und Hartz IV	Arbeitslosen-Zentrum München Nord	Aschenbrennerstr. 8 80933 München	354 33 90 2,50 €
16. 4. 19 h	Seelische Wunden heilen	Frauentherapiezentrum	Güllstr. 3	51504847
21. - 22. 4. Beginn 15.30 h	Pflege, quo vadis?	VdK Bayern	Ev. Akademie Tutzing Schloßstr. 2-4	08158-2510
23.- 25. 4. Beginn 18 h	Nimm Abschied und gesunde. Le- bensübergänge positiv gestalten	Ev. Tagungsstätte Wildbad	Rothenburg ob der Tau- ber, Taubertalweg 42	09861-9770
28. 4. 14 h	Suchtforum: Prävention zwischen Information und Animation	Bayer. Landesärztekammer	Liebig-Hörsaal. Bute- nandtstr. 5, München	4147-831
29. 4. 17 h	Patientenverfügung	Gesundheitsladen München	Waltherstr. 16a	772565 3,- €
30.4. 15 - ca. 17 Uhr	Münchens Oasen. Wie laut sind ru- hige Orte?	Gesundheitsladen und Münchner Forum	Start: Odeonsplatz, Ein- gang Hofgarten	28 20 76
10. 5. 19.30 h	Geräuschüberempfindlichkeit / Hyperakusis	Gesundheitsladen München	Waltherstr. 16a	772565

Telefonsprechstunde der Beschwerdestelle Netzwerk Psychiatrie:

Jeden 1. + 3. Montag im Monat, 16-18 h unter Tel.: 7677 6485.

Zu den übrigen Zeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet. Es erfolgt Rückruf.



Viele Mitglieder

kommen hoffentlich zur Mitgliederversammlung am Dienstag, den 20.4.2010, 20 Uhr, Waltherstr. 16a.

Die Tagesordnung lautet:

1. Finanzieller und inhaltlicher Jahresbericht
2. Entlastung des Vorstands
3. Neuwahl des Vorstands
4. Mitgliedsbeiträge
5. Diskussion zu einem Vereinsbeirat
6. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euch!

Viele Glückwünsche

unserer Kollegin Carola und ihrem Mann Martin zur Geburt ihrer Tochter **Paula-Elisabeth**. „Unsere“ Jüngste macht schon Werbung für den GL!



Fragen rund um das Thema Arbeitsunfähigkeit (AU) häufen sich seit geraumer Zeit in unseren Patientenberatungsstellen.

Nicht eingehaltene Mitteilungs- und Nachweispflichten können beispielsweise fatale Folgen für Versicherte haben, wie den Verlust des Arbeitsplatzes oder den Verlust des Anspruchs auf Krankengeld und damit den Verlust des Versicherungsschutzes.

Ein Beispiel:

Herr K. verlor Ende 2009 im laufenden Krankengeldbezug den Arbeitsplatz. Nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses hat er zwar weiterhin Anspruch auf Krankengeld, aber nur unter der Bedingung, dass der Krankengeldausweisein immer schon innerhalb des dokumentierten Zeitraumes der Arbeitsunfähigkeit durch den Arzt weiter bestätigt wird. Damit ist ein lückenloser Krankengeldanspruch sichergestellt. Nun war Herr K. von seinem Arzt bis zum 17.1.2010 (Sonntag) krank geschrieben. Am Montag dem 18.1.2010 ging er

wieder zum Arzt und wurde weiter krankgeschrieben. Anspruch auf Krankengeld besteht laut § 46 SGB V aber „...von dem Tag an, der auf den Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit folgt.“ Somit hätte er wieder Anspruch auf Krankengeld ab dem 19.1. gehabt. Am 18.1. hatte er demnach keinen Anspruch, und dieser eine Tag kostete den „lückenlosen Krankengeldanspruch“. So bekam er, obwohl er regelmäßig zum Arzt gegangen war und sich krankschreiben ließ, einen Bescheid von seiner Kasse, dass sein Krankengeldanspruch mit dem 17.1.10 endet und damit auch seine Mitgliedschaft in der Kasse. Rechtlich betrachtet, ist die Kasse hier leider im Recht, wie uns in einem anderen Fall sogar das Bayerische Gesundheits-Ministerium auf unsere Anfrage bestätigte.

Herr K. war sich aber der Bedeutung der Lückenlosigkeit in dieser Form überhaupt nicht bewusst. Er war der Meinung, mit dem Aufsuchen des Arztes am Montag genüge er dieser.

Das Beispiel zeigt, dass Betroffene häufig nicht ausreichend über ihre Pflichten im Zusammenhang mit der Krankschreibung informiert und mit

den überaus komplizierten Gesetzesregelungen überfordert sind.

Diese Informationslücke zu schließen, ist das Ziel unserer gerade erschienenen, achtseitigen Informationsschrift.

Verständlich und anschaulich informiert sie über die wesentlichen Themen im Zusammenhang mit der AU:

- Was heißt Arbeitsunfähigkeit?
- Welche Rechte und Pflichten habe ich?
- Wie sieht die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung aus? Wem muss Sie vorgelegt werden? Welche Fristen sind zu beachten?
- Welchen Einfluss haben Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auf den Anspruch auf Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber und Krankengeldzahlung durch die Krankenkasse?

Praxistipps runden die Informationsschrift ab.

Die Informationsschrift ist für 1 € (zuzüglich Porto) im Gesundheitsladen München e.V. erhältlich, für Mitglieder natürlich kostenfrei oder kann kostenlos von der Webseite www.gl-m.de heruntergeladen werden.

Adelheid Schulte-Bocholt

<http://www.gesundheitsladen-muenchen.de>

Gesundheits Info 5

Arbeitsunfähig – was tun?



Fragen rund um das Thema Arbeitsunfähigkeit werden immer häufiger an uns gestellt. Umfassende Information schützt vor ungewollten Folgen: So kann beispielsweise der Anspruch auf Krankengeld verwirkt werden oder sogar der Versicherungsschutz gefährdet sein, wenn die Nachweispflicht nicht korrekt erfüllt wird. Damit Sie auf der sicheren Seite sind:

Eine Information für gesetzlich versicherte ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose mit Hinweisen zu den Themen

- Arbeitsunfähigkeit
- Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
- Mitteilungs- und Nachweispflichten gegenüber dem Arbeitgeber, der Krankenkasse und der Arbeitsagentur
- Entgeltfortzahlung
- Krankengeld
- Arbeitslosengeldbezug und Krankengeld
- Praxistipp zu Krankengeld

1 €

Gesundheitsladen München e.V.
INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONS-ZENTRUM
WALTHERSTRASSE 16A
80337 MÜNCHEN
TELEFON: 089 / 77 25 45
FAX: 089 / 77 25 44
www.gesundheitsladen-muenchen.de
email: mail@gesundheitsladen-muenchen.de

Infothek:
Mo – Fr 10 – 13 Uhr
Mo, Do 17 – 19 Uhr

Patientenstelle München:
Tel: 089/77 25 45
Mo 17 – 20 Uhr
Mi (nur Tel.) Do – Fr 10 – 13 Uhr

UPD Beratungsstelle Oberbayern:
Tel: 089/18 913 2722
Di, Mi, Fr 10 – 14 Uhr
Mo 15 – 19 Uhr

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSW33HAN
Kontonummer: 88 87 800

BAGP-Rundbrief 1.10

Hamburg: Perlentaucher und Schatzsucherinnen - die Patienten-Initiative im Krankenhaus - [PI(K)]

Die Idee war nahe liegend: in der Patienten-Initiative berichteten Patienten von ihren nicht immer guten Erfahrungen mit der medizinischen Versorgung. Leider blieben die Verantwortlichen oft unwissend und damit unbeteiligt. Dabei hatten wir wertvolle Informationen z.B. über die stationäre Behandlung gesammelt. Diesen „Erfahrungsschatz“ wollten wir für die Krankenhäuser heben. Wir entwarfen ein Angebot für die Unterstützung von Patienten bei der Klärung von Beschwerden inklusive Meldung dieser Schwachstellen an die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Idee so genannter Ombudsleute in Krankenhäusern ist nicht neu. Sie arbeiten aber meist ehrenamtlich, sind oft ehemalige Mitarbeiter des Krankenhauses und kaum in der Lage, die erforderliche Unabhängigkeit zu wahren. Unser Konzept sah vor, dass die Vertrauensleute bei der Patienten-Initiative e. V. angestellt und vom Krankenhaus unabhängig tätig sein sollten.

Das Krankenhaus St. Georg lud uns ein, dieses Vorhaben in ihrer Klinik zu erproben. Mitte September 1999 ging es los. Mit zwei Mitarbeiterinnen waren wir gut erreichbar in der Klinik unterwegs. Zunächst gab es viel Skepsis auf Seiten des Personals; die Patientinnen und Patienten hingegen waren froh, dass ihre Meinung Gehör fand.

Patientinnen und Patienten im Krankenhaus müssen hohe Bar-

rieren überwinden, um eine Beschwerde zu melden. Sie haben Angst vor Nachteilen und nehmen an, dass „sich doch nichts ändert“. Die gute Erreichbarkeit der Beschwerdestelle ist genauso wichtig wie das Signal der Klinikleitung, dass die Meinung der Patienten willkommen ist und der Kritik tatsächlich nachgegangen wird.

Es brauchte einen langen Atem, um diese für das Gesundheitswesen noch ungewohnte Idee zu verankern. Wir sind stolz darauf, hier ein Stück Pionierarbeit geleistet zu haben. Heute arbeitet die [PI(K)] mit einer Kooperationsvereinbarung in den Asklepios Kliniken Hamburg. Zwei Mitarbeiterinnen sind für die sieben Krankenhäuser zuständig. Leider ist damit die Erreichbarkeit vor Ort viel geringer als früher und die Patientinnen und Patienten wenden sich überwiegend telefonisch an uns. Als positives Fazit können wir festhalten, dass die Krankenhäuser mittlerweile akzeptieren, dass Beschwerden ernst genommen werden müssen und die Patientinnen das auch erwarten.

Seit 2004 dokumentieren die Kliniken mit der Unterzeichnung der „Hamburger Erklärung“ einen patientenorientierten Umgang mit Beschwerden. Darin verpflichten sich die Kliniken zur Unabhängigkeit ihrer Beschwerdebeauftragten, zur zeitnahen Bearbeitung in einem transparenten Verfahren und zur Veröffentlichung von Be-

schwerdeberichten. Der Wortlaut der Erklärung und die jeweiligen Ansprechpartner/innen der unterzeichnenden Krankenhäuser sind nachzulesen unter: www.patienteninitiative.de oder bei der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft: www.hkgev.de

Keine Werbung für rezeptpflichtige Arzneimittel!

Die BAGP und Gesundheitsladen München unterstützen die europaweite Aktion gegen die Freigabe der Werbemöglichkeit für rezeptpflichtige Arzneimittel. 12 internationale und 16 deutsche Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um den Lobbyverbänden der Pharmaindustrie Paroli zu bieten. Sie agieren unter dem Titel: Direct-to-consumer communication by pharmaceutical companies? Europeans deserve better. Weitere Informationen findet Ihr auf unserer Webseite www.gl-m.de.

BUKO-Straßentheater kommt!

Am Freitag, den 14. Mai kommt das BUKO-Straßentheater wieder nach München. Das ist das aktuell geplante Datum. Wie immer werden die BUKO-Leute sich mit einem brisanten Thema aus der Gesundheitspolitik auseinandersetzen. Aktuelle Einzelheiten siehe unsere Webseite www.gl-m.de.

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P
Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.

28. April 2010 »Tag gegen Lärm« Internationaler Noise Awareness Day

Kostbare Ruhe – Teurer Lärm



Diese Buttons gibts als Magnetknöpfe für Ihren Kühlschrank

Straßen- und Schienenverkehrslärm, Fluglärm, Nachbarschaftslärm, Lärm in der Schule, Lärm am Arbeitsplatz: Lärm ist vielfältig, allgegenwärtig und schädlich für Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität. Zunehmend wird der Lärm auch zum Kostenfaktor. Allein die Folgen des Verkehrslärms betragen in Deutschland etwa 10 Mrd € pro Jahr. Der geplante Abbau von Belastungen und der Ausbau von ruhigen Orten und Zeiten schaffen deshalb auch beträchtlichen volkswirtschaftlichen Nutzen.

„Räume sind immer auch Klangräume, Landschaften immer auch Klanglandschaften.“ Die Akustik unserer Umgebung bestimmt wesentlich unser Wohlbefinden. Sie unterstützt unsere Orientierung und hat Einfluss auf die Kommunikation sowohl über die Verstehbarkeit der menschlichen Sprache wie über die Befindlichkeit der Sprechenden und Hörenden.

Lärmbelästigung in Deutschland

Grad der Belästigung	hochgradig*	wesentlich**	allgemein ***
Ursache	%	%	%
Straßenverkehrslärm	12	30	59
Nachbarschaftslärm	5	16	42
Flugverkehrslärm	6	14	30
Industrie- / Gewerbelärm	4	12	32
Schienenverkehrslärm	3	11	24

Aufsummiert aus den Kategorien:

* äußerst/stark gestört und belästigt

** äußerst/stark/mittelmäßig gestört und belästigt

*** äußerst/stark/mittelmäßig/etwas gestört und belästigt

Quelle: Umweltbewusstsein 2008, Umweltbundesamt

Wir sind mitverantwortlich dafür, wie unsere Umgebung klingt.

Wie jedes Jahr, wird auch in München wieder ein umfangreiches, vielfältiges Programm angeboten. Die aktuellste Version steht auf www.gl-m.de.

Neu im Programm sind z.B.:

- Lärmschutz für die Verdistrasse, eine Aktion, bei der sich auch das ASZ Obermenzing beteiligt.
- Eine Führung durch das Akustiklabor eines Telefonanlagenherstellers. (Anmeldung!)
- Ein Vortrag zu Lärmschutz bei Veranstaltungen in München im Bauzentrum.

- Stille in der Stadt – Ein Geschenk des spirituellen Münchens.
- Vor lauter Lauschen und Staunen sei still – Ein lyrisch-musikalischer Abend in der Gaertnerklinik.

Wie in den Vorjahren gibt es wieder eine Exkursion mit dem Münchner Forum, diesmal zum Thema Schutz ruhiger Gebiete in der Stadt. Diese Rückzugsorte, obwohl nicht wirklich leise, sind unverzichtbar als Erholungsräume für die lärmgeplagte Bevölkerung. Der Schutz der Ruhe ist auch ein wichtiges Thema bei der Lärmaktionsplanung.

Ein „Raum der Stille“ für Söder-Mitarbeiter

Im Umweltministerium gibt es einen „Raum der Stille“. Wie Minister Markus Söder (CSU) am Freitag bekannt machte, ist sein Haus das erste Ministerium in Bayern, das einen solchen Ort vorsieht. „Zu einem in-

tensiven Arbeitstag gehören auch Momente der Ruhe“, sagte Söder bei der kirchlichen Einweihung. Ein „persönliches Anliegen“ sei es ihm gewesen, einen „Raum der Stille“ einzurichten, der allen Mitarbeitern offenstehe, um dort die eigenen Gedanken zu ordnen und Erlebtes im Gebet zu verarbeiten, betonte der Minister. Der „Raum der Stille“ sei in Blautönen gehalten, Wellenformen und fließendes Wasser stünden symbolisch für das Leben. Epd



Fotowettbewerb

Ruhige Inseln oder Lärmwüsten

Alle Arbeiten sind willkommen, ganz gleich, ob von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, Profis oder Amateuren.

Einsendeschluss ist der 15. September 2010.

Jeden Monat findet sich ein neues Bild unter www.uglr-info.de. Hier gibt es auch weitere Infos.





Die Interkommunale Lärmschutz-Initiative e.V. (ILI)

Mitglieder der Initiative engagieren sich ehrenamtlich dafür, den Lärm von abgestellten S-Bahnen und Regionalzügen zu beseitigen und damit die Lebensqualität der betroffenen Anlieger zu verbessern.

Die Mitglieder schätzen die guten Verkehrsanbindungen im MVV und im Regionalbahnnetz sehr. Manche sind sogar genau aus diesen Gründen aus der Stadt, hinaus in die Region gezogen. Ihnen ist deshalb auch völlig klar: Das ständige Kommen und Gehen, das Bremsen, Anfahren oder Durchbrausen der Züge, gehört nun mal zum Leben an den Gleisen rund um einen Bahnhof!

Nicht aber der andauernde Lärm und auch der unakzeptable Energieverbrauch von Zügen, die stundenweise, nächtelang und sogar ganze Wochenenden hindurch in Wohngebieten abgestellt sind und durch weithin hörbares, dröhnen-des Surren und Brummen, Zischen und Knallen, die Nerven und die Gesundheit der vielen davon betroffenen Anlieger-Familien über alle vertretbaren Masse hinaus strapazieren.

Die Interkommunale Lärmschutz-Initiative e.V. von S-Bahn- und Regionalbahn-Städten und Gemeinden wurde 2008 gegründet und als gemeinnütziger Verein zur Förderung von Natur- und Umweltschutz anerkannt. Ihr sind bereits zehn Kommunen und etwa 180 Mitglieder aus 14 oberbayerischen Städten und Gemeinden beigetreten.

Sie beteiligt sich am »Tag gegen Lärm« mit einem Ortstermin am 28. April um 16:30 Uhr an der Bgm.-Keller-Straße 1 (nördlich des Truderinger S-Bahnhofs). Mehr unter www.laerschutz-initiative.de

Die Stadt ergänzt ihre Leitlinie Ökologie

Unter dem Namen www.gemeinsam-fuer-das.klima.de finden sich die Protokolle der ersten Runde der Bürgerbeteiligung.

Die Einladung zur Mitarbeit per Internet gilt nach wie vor. Schade, dass sich bisher sehr wenige daran beteiligt haben. Vielleicht sind es bis zur Abschlussveranstaltung im September mehr.

Mehr Menschen haben die Workshops genutzt, die aber nur ein Stündchen boten, um im Kampf um die Redezeit die benannten Ziele der Stadt und die Vorschläge für klimafreundliche Projekte zu kommentieren und zu ergänzen.

Herzliche Einladung also zu weiterer Beteiligung bei diesem lebensnotwendigen Thema.

Stellplatz ja – Auto nein ???

2008 in Kraft getreten, steht dieses Jahr eine Überarbeitung an.

Die Studie „Mobilität in Deutschland“ hat gerade gezeigt, dass München 29% autofreie Haushalte beherbergt.

Liegt es da nicht nahe, in Zukunft in der Bauleitplanung auch auf autofreie Menschen Rücksicht zu nehmen, nicht mehr den Bau überflüssiger Tiefgaragenstellplätze vorzuschreiben und, mehr noch, die Erschließung und Infrastruktur mehr auf Geher, Radler und ÖV-Nutzer/innen hin zu planen? Denn Mobilitätsmuster folgen dem Angebot.

In unserer Zukunftswerkstatt 2009 stellten wir die Verhältnisse mal gedanklich auf den Kopf:

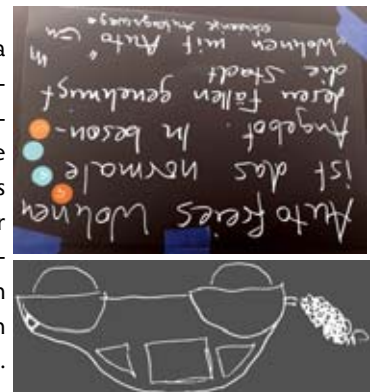
Wohnen ohne Auto ist das Standardangebot auf dem Münchner

Wohnungsmarkt. Wohnen mit Auto ist nur mit einer Ausnahme-genehmigung möglich, über die aber erst entschieden wird, wenn ein Mobilitätskonzept vorliegt und das Grundstück vom auto-willigen Bauherren gekauft ist.

Man wird diese Ausnahmen sehr zurückhaltend vergeben. Logisch, denn Wohngebiete sind zum Wohnen da. Man soll sich darin angstfrei und sicher bewegen können. Die vielgestaltigen, zum Durchstreifen einladenden Wege, Gassen und Treppchen sind ja überwiegend nicht oder nur unter Mühen befahrbar und die Feuerwehrezufahrt muss frei bleiben.

Natürlich gibt es für „Wohnen mit Auto“ eine kleine Gruppe von Nachfragenden, die immer in der Nähe ihres Autos sein wollen. Bei uns in Bayern gilt: Leb'm und Leb'm lassn. Solche Menschen sollten halt in eigenen Wohnprojekten zusammen leben, wo sie die normale Nachbarschaft weniger stören.

Die Mehrheit nutzt ja die bequemen Möglichkeiten des Umweltverbundes, sei es gesunde Bewegung per pedes oder per pedales oder die Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs von behindertengerechten Taxis bis Tram-Bus-Bahn.



Teilweise finden verwaiste Fahrstreifen früherer Zeiten eine Verwendung als Skateboardbahnen, Tennisplätze und Solarparks, der Rest wird weitgehend begrünt.

Es wäre schön, wenn die Leitlinie Ökologie die Chance ergreift, Mobilitätsmuster zu ändern.



Unabhängige Patientenberatung - ein Modell mit Zukunft



Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD
Beratungsstelle
München für
Oberbayern

Nach 10-jähriger Förderphase durch die Kassen läuft Ende dieses Jahres das Modellvorhaben zur unabhängigen Patienten- und Verbraucherberatung aus. Auf einer Fachtagung in Berlin zogen Gesundheitsexperten eine erste Bilanz, diskutierten über die Perspektiven einer unabhängigen Patientenberatung und darüber, welches Profil sie in Zukunft haben sollte.

„Wir wollen eine unabhängige, neutrale Patientenberatung. Allerdings muss eine solche in Zukunft sicherstellen, dass die Beratung auf Basis einheitlicher, hoher Qualitätsstandards erfolgt. Ein zusätzliches Angebot, das sich als neutraler und verlässlicher Lotse versteht, muss klar definieren, zu welchen Themen wie intensiv beraten wird. Nicht zuletzt ist es notwendig, dass sich eine unabhängige Patientenberatung in der bestehenden Informations- und Beratungslandschaft vernetzt, denn nur so können unnötige Doppelstrukturen vermieden werden“, so K.-Dieter Voß, Vorstand des GKV-Spitzenverbandes. Angesichts der Tatsache, dass die bisher allein von der gesetzlichen Krankenversicherung finanzierten Angebote der Unabhängigen Patientenberatung derzeit zu acht Prozent von Privatversicherten genutzt werden, fordert er zudem eine Kostenbeteiligung der privaten Krankenversicherung.

„Wir werden noch in diesem Jahr die politischen Weichen stellen, damit ein solches zusätzliches neutrales Informations- und Beratungsangebot Bürgerinnen und Bürger ab 2011 regelhaft zur Verfügung steht“, betonte der Patientenbeauftragte der Bundesregierung Wolfgang Zöller.

Wichtig war ihm auch das politische Signal: Die Unabhängige Patientenberatung wird in jedem Fall in die Regelförderung übernommen. Ob das dann aus Mitteln der gesetzlichen Kassen oder aus Steuermitteln passiert sei, daran soll das Ganze nicht

Er mahnte insoweit auch eine starke zentrale Dachstruktur an. Der Wissenschaftliche Beirat plädiert für klar definierte Managementfunktionen und ein eindeutiges Weisungsrecht gegenüber der Beratung vor Ort, um im gesamten Verbund stets

Der zweite Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung sowie alle weiteren Un-



Podium: Burkhardt (UPD), Zöller (Patientenbeauftragter), Kücking (GKV), Steiner (Begleitforscher), Angerhausen, Mascher, Etgeton (Gesellschafter)

scheitern. Die privaten Versicherungen sollten gerechterweise mit einbezogen werden. **Prof. Robert Francke, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Modellvorhabens**, wies darauf hin, dass inhaltliche, fachliche und auf den Beratungsprozess bezogene Qualitätsstandards sowie Neutralität höchste Prio-

eine standardisierte Beratung auf hohem Niveau sicherstellen zu können. „Sollte die GKV auch zukünftig verpflichtet werden, eine unabhängige Patientenberatung allein zu finanzieren, muss der GKV-Spitzenverband zudem die Möglichkeit erhalten, korrigierend eingreifen zu können, falls Mitgliedsbeiträge

terlagen zur Veranstaltung sind als Download eingestellt unter www.gkv-spitzenverband.de. (Quelle: Presserklärung und pf)



Sigurd Duschek (Mitte, KV Bayern) war auch da.

rität haben. Erst diese Maßstäbe rechtfertigten eine weitere Einrichtung der Patientenberatung.

der Versichertengemeinschaft sachfremd verwendet werden“, so Francke.



Susanne Angerhausen, Gesellschaftervertreterin und Vorstand von VUP, unserem Dachverband, Danke für dein Engagement!

Kommentar: Unabhängige Patienten- beratung – in Zukunft zentralistisch kontrolliert?

Die Fachtagung stellte immer wieder die Rolle der Träger (z.B. Gesundheitsladen München für die Beratungsstelle Oberbayern) in Frage. Einerseits wurden die Träger gelobt: Ohne ihre Erfahrungen und Aktivität hätte sich das Ganze nicht so standardisiert und schnell verwirklichen lassen. Aber irgendwie scheint insbesondere den Forschern die Unabhängigkeit doch unheimlich zu sein. Wenn die Beratungsstellen schon eine von den Forschern anerkannt vorbildhafte Qualität erreichten, dann wurde dies von ihnen gleichzeitig in Frage gestellt. Scheinbar läuft das jetzige Modell gut. So gut, dass es vielleicht EU-weit ausgeschrieben werden muss. Dabei könnte herauskommen, dass andere Anbieter zum Zuge kommen, die eine vergleichbare Qualität erst mal nicht sicherstellen können. Hier müsste dann vermutlich per Weisungsrecht von oben die Qualität erzwungen werden können.

Einhalten und Ausbau von erreichten Standards wäre natürlich über einen klaren Vertrag (mit präzise beschriebenen Rechten und Pflichten) mit den jetzigen, anerkannten Trägern genauso möglich. Aber der Einfluss auf die Träger bleibt dabei sowohl von der Bundesgeschäftsstelle als auch den Krankenkassen eingeschränkt.



Siggi Diercke,
Mitarbeiter von
Kathrin Vogler,
MdB Linke, im
Gespräch mit Edel-
traud Paul-Bauer,
Beratungsstelle
Bremen,
Hintergrund Mitte:
Christoph Kranich

Konsequent wäre da ein Filialmodell ganz ohne Träger, die Fach- und Dienstaufsicht wäre dann eindeutig bundesweit geregelt. Die jetzigen Träger dagegen wollen künftig eher mehr als weniger mitreden. Ein Kollege einer Verbraucherzentrale beschwerte sich auf der Tagung, dass die Träger zwar eingeladen wurden, aber nicht mal einen Vertreter auf das Podium setzen durften, um den Fantasien der Wissenschaftler etwas entgegenzusetzen.

Klar ist, dass die jetzigen Träger sich nicht auf die Rolle des Raumgebers und Lohnbuchhalters reduzieren lassen werden. Teile der Träger wollen künftig auch auf der Entscheidungsebene wenigstens Mitspracherecht.

Entscheiden muss jetzt der Bundestag. Die Gesellschafter werden die Vorteile des jetzigen Trägermodells mit einigen Verbesserungsvorschlägen dort einbringen. Patientenberatung wird es auch 2011 geben, doch das Wie ist derzeit völlig offen. Die nächsten Monate werden spannend.

Peter Friemelt, Gesundheitsladen München,
Trägervertreter Beratungsstelle Oberbayern

Wolfgang Zöller fordert schnelles Patienten- rechtegesetz

2. Berliner Fachtag der UPD: Patientenvertreter mahnen mehr Transparenz beim Umgang mit Behandlungsfehlern an

Berlin, 4. März 2010 – Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, hat die schnelle Umsetzung des geplanten Patientenrechtegesetzes gefordert. „Patienten haben ein Recht darauf, dass Behandlungsfehlervorwürfe in einem transparenten und zügigen Verfahren geklärt werden“, sagte er am Mittwoch beim zweiten Berliner Fachtag zur Patientenberatung und -information der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD). „Ende des Jahres werde ich ein Diskussionspapier für ein Patientenrechtegesetz vorlegen, das auch zu diesem Punkt Regelungen enthalten wird.“

UPD-Geschäftsführerin Astrid Burkhardt bestätigte, dass beim Thema Behandlungsfehler große Verunsicherung bei den Patientinnen und Patienten herrsche: „Gut ein Viertel der Anfragen, die unsere Beratungsstellen erreichen, beschäftigen sich auch mit dem Thema Behandlungsfehler. Die UPD begrüßt daher jede Maßnahme, die für mehr Klarheit und Transparenz in diesem Bereich sorgt.“

Auf dem Fachtag diskutierten in Berlin namhafte Akteure der Patientenberatung und verschiedener Institutionen des deutschen Gesundheitswesens Fragen, wie patientenorientiert sich der Umgang mit Behandlungsfehlern gestaltet, wer Patienten Unterstützung anbietet und wie es gelingen kann, mehr Patientenorientierung in den Institutionen zu erreichen, die sich mit Behandlungsfehlern beschäftigen.

Die eingeladenen Gäste untersuchten in Vorträgen außerdem die Aspekte zu diesen Themen aus verschiedenen Sichtweisen, u.a. aus Sicht der Patientenberatung, der Krankenkassen oder der Schlichtungsstellen. Ergänzend wurde das österreichische Modell der Patientenanwaltschaften erläutert und mit den Gästen diskutiert.

Weitere Informationen zur Veranstaltung sowie Präsentationen zum Herunterladen unter www.upd-online.de/veranstaltungen.html.

Juliane Günzel und Marcel Weigand von der Bundesgeschäftsstelle der UPD



Gesundheit für alle?

- Eine kritische Betrachtung aktueller Entwicklungen

Bundesgesundheitsminister Rösler plant nach eigenem Bekunden einen radikalen Umbau des Gesundheitssystems. Seine Vorschläge entsprechen aber nicht den Anforderungen an eine öffentliche, solidarische Gesundheitsversorgung.

Die Kopfpauschale entkoppelt die Gesundheit von der Solidarität

Die geplante Kopfpauschale heißt: Alle zahlen dasselbe. Egal ob sie 900 oder 9.000 Euro (oder mehr) im Monat verdienen. Die Putzfrau zahlt genauso viel wie der Chef der Deutschen Bank. Wer viel Geld hat, wird in Zukunft durch die Kopfpauschale entlastet. Wer wenig Geld hat, zahlt kräftig drauf. Sogar der FDP ist mittlerweile klar geworden, dass sich die Kopfpauschale nicht ohne einen sozialen Ausgleich durchsetzen lässt. Steuerliche Entlastungen sollen das bewerkstelligen. Dagegen spricht aber die fehlende Finanzierbarkeit. Dieser Ausgleich, um die 36 Milliarden Euro, würde den Staatssäckel belasten und ist in der aktuellen wirtschaftlichen Situation unbezahlbar. Die Höhe des Sozialausgleichs würde in jeder neuen Legislaturperiode neu verhandelt und Finanzminister Schäuble denkt ja zur Zeit darüber nach, die vergleichsweise geringen Steuerzuschüsse für die Sozialkassen zu kürzen. Wo soll das Geld also herkommen? Die Umwandlung von Millionen

Anspruchsinhabern in Bittsteller führt zu noch mehr Bürokratie, die das ohnehin teure und hochregulierte Gesundheitssystem zusätzlich belastet. Es ist absehbar, dass es mittelfristig zu einer umfassenden Offenlegung und Bewertung der finanziellen Vermögensverhältnisse von Geringverdienenden kommen wird, um ihre Anspruchsberechtigung zu prüfen.

Mitmachen!

Campact macht gegen die Kopfpauschale mobil. Beteiligen Sie sich an der Unterschriftenaktion gegen die Kopfpauschale unter www.campact.de/gesund/sn1/signer

Ende der Parität: Einseitige Kostensteigerung für Arbeitnehmer

Der Beitrag der Arbeitgeberseite soll bei 7% eingefroren werden und dauerhaft von den Kostensteigerungen des Systems ausgenommen werden. Bis 2005 teilten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu gleichen Teilen. Die heute schon bestehende nicht paritätische Finanzierung der Beiträge würde im Einfrieren des Arbeitgeberanteils ihren Höhepunkt finden. Die Folge: Weitere massive Lohnkürzung per Gesetz für ArbeitnehmerInnen.

Zwei-Klassen-Medizin

Schon jetzt ist in Deutschland die Lebensdauer jedes Einzelnen stark vom Einkommen abhängig. Untersuchungen zeigen, dass Menschen aus dem oberen Einkommensviertel im Schnitt 10 Jahre länger leben als Menschen aus dem unteren Einkommensviertel. Anstatt dieses Ungleichgewicht zu entschärfen, verschärfen die Pläne der Koalition das Problem nur. Private Krankenkassen sollen gestärkt werden. Der Wechsel zu privaten Versicherungen soll erleichtert werden. Bereits eine einjährige Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze soll für den Wechsel zu den Privaten reichen. Es ist zu befürchten, dass besonders gesunde, junge und gut verdienende Menschen zur privaten Krankenversicherung (PKV) wechseln und damit aus der solidarischen Unterstützung aussteigen. Wenn die Beiträge zur GKV steigen, wird der Anreiz noch größer. Es verbleiben vorrangig Versicherte mit niedrigem Einkommen und chronisch Kranke, die von der PKV abgelehnt werden, im System der GKV. Die GKV wird geschwächt. Langfristig will Schwarz-Gelb ein System aus privaten Zusatzversicherungen und Wahltarifen ausbauen. Ein Zusammenstreichen des Leistungskatalogs ist zu befürchten. Die es sich leisten können, haben dann Zusatzversicherungen. Wer sich nicht leisten kann oder zu krank ist, um in die Zusatzversicherung aufgenommen zu werden, muss mit dem verminderten Angebot der GKV leben. Die Zwei-Klassen-Medizin wird so zementiert.

Ein Lobbyist bestimmt die Politik

Gleichzeitig berief Rösler Christian Weber, einen Lobbyisten der Privatkassen und stellvertretender Direktor des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV) zum neuen Abteilungsleiter für Grundsatzfragen ins Bundesgesundheitsministerium. Damit ist er in einer Position, in der er sich mit der geplanten schrittweisen Umstellung der beitragsfinanzierten Krankenversicherung auf Prämien befassen wird.

LobbyControl, eine Initiative, die über Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit und über gesellschaftliche Machtstrukturen informiert, hält es für hoch problematisch, dass bei zentralen und umstrittenen Politikprojekten wie der Gesundheitsreform, ausgerechnet Wirtschaftslobbyisten an Schlüsselstellen gesetzt werden. Damit erhalten bestimmte partikuläre Wirtschaftsinteressen und daraus abgeleitete Konzepte einen strukturell entscheidenden Vorteil. Eine solch enge personelle Verflechtung verringert die Unabhängigkeit und letztendlich auch die Glaubwürdigkeit einer Regierung.

Geschäfte mit Impfstoff

Die Pharmaindustrie hat die Politik bei der Schweinegrippe vorgeführt. Es wurde viel zuviel Impfstoff produziert und Abnahmegarantien gegeben. Jetzt musste mit der Pharmaindustrie ein Kompromiss bezüglich der vielen nicht gebrauchten Impfdosen gefunden werden. Dafür werden jetzt andere Impfstoffe, z.B. Regelimpfungen für Kleinkinder knapp.



Erfüllung der Wünsche der Pharmaindustrie?

Merkel und Co. haben viele Wünsche der Pharmaindustrie erfüllt. Die im sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz zusammengefassten Maßnahmen zur Unternehmenssteuerreform ersparen den Konzernen Bayer und Co. Abgaben in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. Die Politiker hebeln dazu gerade eine der Regelungen aus, die zumindest teilweise zur Gegenfinanzierung von Ausgaben diente: die Zinsschranke. Sie hatte den Gepflogenheiten der Multis eine Grenze gesetzt, ihren Zinsaufwand in der Bundesrepublik steuerlich geltend zu machen, während sich ihre ausländischen Tochterfirmen die Zinserträge gutschreiben ließen. Das verbilligte auch Käufe von ausländischen Unternehmen. Jetzt beginnt diese Praktik dank schwarz-gelb wieder von vorne. Bis zu einer Höhe von 3 Millionen sind Zinszahlungen wieder abzugsfähig.

Weniger Arzneimittelkontrolle

Zunächst wollten die Koalitionäre noch den Pharmafirmen das Recht nehmen, die Preise für neue Arzneien selber festzulegen. Nun setzen sie auf eine Verhandlungslösung zwischen Krankenkassen und Pillenproduzenten. Positiv ist, dass Gesundheitsminister Rösler die Arzneimittelkosten deckeln will. Erste Ansätze zur Verbilligung von Medikamenten durch Generika und Rabattverträge gibt es ja bereits.

Der Arzneimittelmarkt soll neu gestaltet und Überregulierungen abgebaut werden. Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, das Kosten-Nutzen Analysen von Arzneimitteln durchführt und dabei nach Meinung z.B. von Bayer allzu oft zu negativen Ergebnissen kommt, will die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt stringenter und transparenter Verfahren überprüfen und damit die Akzeptanz verbessern.



Dazu wurde dem als pharmakritisch bekannten Chef des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) Peter Sawicki der Vertrag nicht verlängert. Diese Forderung stellte der Verband der forschenden Arzneimittelhersteller seit langem. Deutet das daraufhin, dass die Produkte der Pharmaindustrie nicht mehr so kritisch geprüft werden?

Patientenrechtegesetz

Ein Lichtblick in der allgemein düsteren Szenerie ist, dass offenbar alle Parteien das Vorhaben unterstützen, relativ bald ein Patientenrechtegesetz auf den Weg zu bringen.

Eine solidarische Perspektive

Eine sinnvolle Reform muss eine solidarische Perspektive ermöglichen. Dazu gehört, dass sich alle Bürger mit allen Einkommensarten an der Finanzierung beteiligen und dass Besserverdienende aufgrund ihrer finanziellen Stärke dazu mehr beitragen als Menschen mit geringem Einkommen. Dazu gehört auch, den Pharmakonzernen Grenzen aufzuzeigen und sie zu überprüfen.

Ärzte gegen Dr. Röslers Rezepte


[Startseite](#)
[Unterzeichnen](#)
[Spenden](#)

Start

Es geht auch anders – Ärzte protestieren gegen die Pläne von Dr. Rösler

Gesundheitsminister Rösler hält, trotz aller Proteste, an seinen Plänen zur Einführung einer einkommensunabhängigen Kopfpauschale fest. Als Kollege wurde Dr. Rösler von der offiziellen Ärzteschaft mit Vorschusslorbeeren bedacht; er ist seit langem der erste Gesundheitsminister, auf den sie ohne Misstrauen zugeht – nicht zuletzt, weil sie sich von einem Kollegen den Erhalt ihrer Privilegien erhofft.

Um zu zeigen, dass es auch Ärztinnen und Ärzte gibt, die mit den unsozialen Plänen des Ministers nicht einverstanden sind, rufen die Erstunterzeichner des Aufrufes „Ärzte gegen Dr. Röslers Rezepte – Für ein solidarisches Gesundheitswesen“ ihre ärztlichen Kolleginnen und Kollegen zum öffentlichen Protest gegen die Politik des Gesundheitsministers auf.

Die gesammelten Unterschriften werden Herrn Minister Dr. Rösler anlässlich des Deutschen Ärztetages in Dresden (11.-14. Mai 2010) überreicht werden.

Der vollständige Aufruf steht unter www.aerzte-gegen-roeslers-rezepte.de

Jetzt geht's los:

Ende Februar 2010 lud Gesundheitsminister Söder PatientenführsprecherInnen und unabhängige PatientenberaterInnen zum Gespräch ins Ministerium. Der Raum war gut gefüllt und die Stimmung gut: Die BesucherInnen berichteten ihre Erfahrungen und Söder ergänzte die seinen. Alle waren sich einig: Die menschliche Komponente muss wieder mehr ins Gesundheitswesen, die sprechende Medizin in den Mittelpunkt und ein Patientenrechtegesetz her. Schon bald soll es ein weiteres Treffen geben.



PatientenführsprecherInnen

Sichtlich beeindruckt war der Minister von den Berichten der Patientenführsprecher. Er will dafür sorgen, dass sie demnächst in allen Häusern verpflichtend werden.

Patientenbeauftragte

war auf dem Treffen ein weiteres Thema. Die bisher sehr kritische FDP hat Entgegenkommen signalisiert und kann sich den Beauftragten jetzt auch vorstellen. Eine Patientenstudie solle den Grundstein für dessen Arbeit legen, kündigte Söder laut Mitteilung in München nach dem Treffen mit bayerischen Patientenberatern und -führsprechern an. „Gerade ältere und schwerkranke Menschen brauchen schnelle und unbürokratische Unterstützung. Der unabhängige Patientenbeauftragte soll Sprachrohr für die Interessen der Patienten sein.“

Patientenstudie

In einer Studie wolle Bayern die Bedürfnisse der Patienten erfragen. Söders Pläne zu einem Patientenbeauftragten waren im vergangenen Herbst bekanntgeworden und hatten ein zwiespältiges Echo aus-

Söder will Patientenbeauftragte/n, PatientenführsprecherInnen in allen Kliniken als „Obligo“, ein Patientenrechtegesetz und die Unabhängige Patientenberatung unbefristet fördern

gelöst. Söder betonte, erster Ansprechpartner des Patienten bleibe der Arzt.

Sprachrohr und Mittler

Der Patientenbeauftragte solle bisher bestehende Einrichtungen ergänzen und „Mittler im Gesundheitswesen sein. Er soll unabhängig, weisungsungebunden und beratend tätig sein.“ Der Patientenbeauftragte könne zudem eine Weiterentwicklung der Patientenrechte unterstützen. Die derzeit im Bürgerlichen Gesetzbuch, Strafgesetzbuch und Sozialgesetzbuch V geregelten Rechte sollten in einem eigenen Patientenschutzgesetz zusammengeführt werden, verlangte Söder vom Bund.

Kritik der Kammern

Bei Bekanntwerden von Söders Plänen zu einem Patientenbeauftragten im Herbst, hatten die Bayerische Landesärztekammer und die Bayerische Landeszahnärztekammer den Vorstoß kritisiert. Die Kammern der Heilberufe böten bereits eine umfassende Beratung bis hin zur Begutachtung bei möglichen Behandlungsfehlern und außergerichtlicher Streitschlichtung. Die Grünen und die SPD im Bayerischen Landtag hingegen begrüßten damals die Pläne. Im Bund ist seit Ende 2009 der bayerische Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zöllner (CSU) Patientenbeauftragter.

Ansiedlung im Ministerium? Söder „Ja“ - Friemelt „Nein“

Auf der Pressekonferenz nach dem Treffen, die er mit Peter Friemelt vom Gesundheitsladen durchführte, wiederholte der Minister nochmals, dass der Patientenbeauftragte in seinem Ministerium angesiedelt sein sollte. Dem widersprach Friemelt vehement: „Da kann ich mir die versprochene Unabhängigkeit nicht vorstellen. Uns würde eine Anbindung an den Landtag da deutlich besser gefallen.“

Das aktuelle Konzept des Ministers habe einige Elemente der Vorschläge des Gesundheitsladens berücksichtigt, freute sich Friemelt.

Unabhängige Patientenberatung soll unbefristet gefördert werden

Weiter befürwortete der Minister die unbefristete Förderung der unabhängigen Patientenberatungsstellen. Der Patientenbeauftragte soll bisher bestehende Einrichtungen ergänzen. Die unabhängige Patientenberatung genießt laut Söder das besondere Vertrauen der Patienten. Die befristete Förderung soll aufgehoben und die Finanzierung auf mehrere Schultern verteilt werden. Bisher sind die Privatkassen nicht an der Finanzierung beteiligt, obwohl etwa 8% der Ratsuchenden Privatpatienten sind.



Gedankenaustausch mit Gutachterstelle

Nach einem Vortrag im Rahmen einer Fortbildung der Ärztekammer mit dem Thema „Patientensicherheit“ kam eine Einladung zu einem Gedankenaustausch von der Gutachterstelle für Arzthaftungsfragen. Anfang März empfing uns das gesamte Board der Gutachterstelle zu einem ihrer regelmäßigen Treffen. Es fand ein reger und offener Austausch statt, bei dem Fragen und Anliegen auf beiden Seiten zur Sprache kamen. Viele Fragen wurden dabei geklärt und Anregungen aufgegriffen.

Das Thema Unabhängigkeit nahm in der Diskussion einen besonderen Raum ein. Aus Sicht der Boardmitglieder ist die Gutachterstelle unabhängig, aus Sicht der PatientInnen nicht. Hier gibt es also sehr unterschiedliche Ansichten.

Auseinandergegangen sind alle mit dem Wunsch, im Kontakt zu bleiben. Für uns ist es zukünftig möglich, in Einzelfällen mit Vollmacht der Betroffenen dem Gutachtenverfahren beizuwohnen. Die Mitglieder der Gutachterstelle werden, so sie es aus der Situation der Betroffenen für sinnvoll erachten, auf uns als Patientenberatungsstellen verweisen.

Im Einzelfall wird es dann wichtig sein, die jeweilige „Auftragslage“ deutlich im Blick zu haben.

Mit dem Gespräch ist ein guter Anfang gemacht.

Adelheid Schulte-Bocholt



Gesundheitsladen trifft Bayerische Landeszahnärztekammer

Mitte Februar kam es zu einem ersten Informationsaustausch zwischen der Patientenberatung der Bayerischen Landeszahnärztekammer (BLZK) und dem Gesundheitsladen München (Patientenberatung München und Oberbayern) - flankiert von Marcel Weigand aus der Geschäftsstelle der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD). Auf Grundlage einer Kooperation auf Bundesebene zwischen Bundeszahnärztekammer und der UPD wurden Ansatzpunkte und Möglichkeiten einer Übereinkunft auf Landesebene (Bayern) ausgelotet.

Nach der gegenseitigen Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte wurden schnell konkrete Punkte gefunden, bei denen die jeweils andere Perspektive hilfreich für die Unterstützung der Ratsuchenden sein könnte. Beispielsweise bekommen die PatientenberaterInnen eine feste Ansprechperson bei der Stabsstelle Patientenberatung der BLZK, außerdem werden die Patienteninformationen der BLZK in Zukunft vor dem Erscheinen kritisch durchgesehen.

Das Gespräch verlief in entspannter und respektierender Atmosphäre. Nach endgültiger Verabschiedung des Kooperationsvertrages auf Bundesebene soll eine Vertiefung des Zusammenwirkens eruiert werden, z. B. regelmäßige Informationsaustauschtreffen.

Jürgen Kretschmer



Zuhören zahlt sich aus

Viele ÄrztInnen kämpften sich am 29. Januar d.J. durch den Schnee in die Mühlbaurstraße, um an der Tagung der Bayerischen Landesärztekammer in Zusammenarbeit mit der Stiftung Zuhören, der LZG und der Siemens BKK teilzunehmen.

„Zahlt sich aus“ ist durchaus in doppelter Bedeutung zu verstehen: Als geldsparende Verkürzung des Diagnoseweges, wenn der Patient äußern darf, was ihm fehlt. Als Chance der heilsamen Zusammenarbeit, wenn der Patient auch versteht, was warum geschieht und wenn der Arzt die Grenzen seiner Möglichkeiten benennt.

Doch Kommunikation muß gelernt und gewagt werden. Hierzu gab die Veranstaltung, der ich leider nur am Vormittag beiwohnen konnte, einen guten Einstieg. Mit einer Geschichtenerzählerin und der Analyse von Fallbeispielen, die ein Arzt mit Schauspielern vortrug, versprach der Nachmittag lernfördernden Spaß. So gestärkt, war das heikle Thema Kommunikation im Kontext ärztlicher Kunstfehler dran. Und natürlich auch Überlegungen zu einer neuen Vergütungsstruktur.

Gunhild Preuß-Bayer



Vertrauen ist gut, informiert sein besser

Von Adelheid Schulte-Bocholt

„Das habe ich nicht gewusst!“ – So äußern sich viele der Ratsuchenden, die mit Beschwerden in die Patientenstelle des Münchner Gesundheitsladens kommen.

In Deutschland gibt es kein geschlossenes Gesetzbuch zu Patientenrechten, wie es z.B. eines zum Familienrecht gibt. Betroffene sind gezwungen, ihre Rechte aus Grundgesetz, Bürgerlichem Gesetzbuch, Strafgesetzbuch und aus Gerichtsurteilen zusammenzusuchen. Leicht ist das nicht!

Jeder Arztbesuch hat eine rechtliche Seite. Schon mit der verbindlichen Terminzusage kommt zwischen Patientin und Arzt oder Ärztin stillschweigend ein privatrechtlich relevanter Vertrag zustande. Daraus ergeben sich Rechte und Pflichten für beide Seiten, für den Arzt wie für die Patientin.

Recht auf körperliche Unversehrtheit und Recht auf Selbstbestimmung

„Der Arzt hat mir gar nicht zugehört. Ehe ich mich versah, hatte ich einen Röntgenschutz vor der Brust, und die Assistentin drückte auf den Knopf.“

Jede ärztliche Behandlung durch Stahl, Strahl oder Chemie ist ein Eingriff in den Körper. Jede ärztliche Behandlung rechtfertigt sich alleine aus einer Indikation in Verbindung mit dem Patientenwillen. Jeder Eingriff

und jede Behandlung ohne vorliegende medizinische Indikation und ohne geäußerten oder gemutmaßten Patientenwillen stellt eine Körperverletzung dar.

Recht auf Aufklärung

„Wenn ich gewusst hätte, was auf mich zukommen kann, hätte ich der Behandlung nie zugestimmt.“

Je massiver ein medizinischer Eingriff oder eine Behandlung ist, desto ausführlicher muss die Patientin über die Erkrankung,



die Behandlung, Behandlungsalternativen und deren jeweilige Erfolgsaussichten, Risiken und Nebenwirkungen aufgeklärt werden. Art und Umfang der Aufklärung sollen Patienten zu einer selbstbestimmten Entscheidung befähigen. Art, Bedeutung, Ablauf und Folgen einer Behandlung müssen zwar nicht in allen Einzelheiten, aber doch in den Grundzügen verstanden werden.

Recht auf sorgfältige Heilbehandlung

„Nach der Behandlung ging es mir schlechter als vorher.“

Hat sich die Patientin für eine Behandlung entschieden, hat sie das Recht auf sorgfältige Heilbehandlung gemäß dem aktuellen Stand der Wissenschaft. Ziel der Behandlung ist Heilung, Besserung oder Linderung. Die Ärztin kann keine Erfolgsgarantie geben.

Recht auf Einsicht in die Patientenunterlagen

„Ich habe meine Krankenunterlagen beim Arzt eingefordert, vergeblich...“

Jeder Arzt ist verpflichtet, Patientenakten zu führen. Darin sind die Diagnosen und Therapien zu dokumentieren. Es besteht eine Aufbewahrungspflicht von mindestens zehn Jahren. Patientinnen haben das Recht zur Einsicht in ihre Unterlagen. Gegen eine geringe Kostenbeteiligung können Kopien eingefordert werden. Röntgenaufnahmen sind gegen Quittung auszuhandigen.

Recht auf die ärztliche Verschwiegenheit

„Ich habe den Eindruck, dass meine neue Ärztin schon einige Informationen über mich hatte. Dürfen sich Ärzte und Ärztinnen austauschen?“

Wesentliche Grundlage für ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Ärztin und Patientin ist das Recht auf ärztliche Verschwiegenheit. Informationen über Patientinnen müssen von Ärzten und Pflegepersonal vertraulich behandelt werden. Sie dürfen sie nicht an andere

weitergeben. Ausnahme: Die Patientin willigt in die Datenweitergabe ein.

Das Recht auf eine würdevolle Behandlung

„Bei der Begutachtung wegen meiner Arbeitsunfähigkeit wurde mir das Gefühl vermittelt, ich sei ein sozialer Parasit und arbeitsunwillig.“

Im Praxisalltag werden Patientinnen oft respektlos behandelt. Das Recht auf eine würdevolle Behandlung wie auch andere Patientenrechte werden häufig verletzt: Daraus folgt: Recht haben ist nicht gleich Recht bekommen. Deshalb gibt es einen großen Bedarf an Beratung und Unterstützung. Diese bieten unabhängige Patientenberatungsstellen. Seit Jahren fordert die BundesArbeitsgemeinschaft der PatientInnen-Stellen ein Patientenrechtegesetz. Bundesweit gibt es Aktionen dazu. Der Münchner Gesundheitsladen berät Betroffene. Er bietet eine Ausstellung zur Ausleihe an.

Adelheid Schulte-Bocholt ist Patientenberaterin im Gesundheitsladen München.

Weitere Infos:

www.bagp.de

www.upd-online.de

Broschüre „Patientenrechte – Ärztepfllichten, zu beziehen über: Gesundheitsladen München e.V., Waltherstraße 16a, 80337 München, Tel. 089/7725 65, www.gl-m.de



Artikel veröffentlicht in der evangelischen-frauen-information für Bayern efi 2/2010 (www.epv.de/efi)



„Ihre Rechte als Kassenpatient Stern Ratgeber“

Andrea Westhoff / Justin Westhoff, Linde Verlag, 1. Aufl. 2010, 160 Seiten, kart., € 9,90

ISBN 978-3-7093-0295-8

Ein verständlicher und gut aufgebauter Ratgeber für GKV PatientInnen, der eine gesunde Mischung von gesundheitspolitisch relevanten und praktischen Hinweisen und Informationen bietet.

Die beiden AutorInnen, beide Medizin- und WissenschaftsjournalistInnen, beginnen mit einer auch für Laien interessanten Einführung in das gesetzliche Krankenversicherungssystem, wie dieses funktioniert, welche Akteure es gibt und in welchem Verhältnis letztere stehen.

Diese Ausführungen bilden eine gute Grundlage für den dann folgenden praktischen Teil:

- Was zahlt die Kasse, was nicht?
- Welche Rechte und Pflichten haben Arzt und Patient?
- Was kann ich tun, wenn Leistungen abgelehnt werden?
- Sind Individuelle Gesundheitsleistungen ärztliche Fürsorge oder Abzocke?
- Adressen und viele Links ...

Im Abschnitt über aktuelle politische Entwicklungen setzen sich die AutorInnen kritisch mit Auszügen aus dem Koalitionsvertrag auseinander.

Ein Buch, in dem auch die Vorteile der Gesetzlichen Krankenversicherung genannt werden. Mein Urteil: Inhaltvoll, übersichtlich, verständlich und empfehlenswert!

Adelheid Schulte-Bocholt



„Private Krankenversicherung – nach GKV-WSG und VVG-Reform“

Volker Marko, 2. Aufl. 2010, Verlag C.H. Beck, 265 Seiten, € 54,00

ISBN 978-3-406-59879-1

In der überarbeiteten und ergänzten 2. Auflage greift Volker Marko die gesetzlichen Änderungen sowie den Diskussionsstand in Bezug auf PKV-relevante Bereiche auf.

Das Buch ist übersichtlich in drei Teile untergliedert, im Bereich A werden die wesentlichen Neuregelungen des Rechts der privaten Krankenversicherung im Rahmen der VVG-Reform 2008, im Teil B die Neuregelungen des Versicherungsvertrags- und Aufsichtsrechts im Rahmen des GKV-WSG und im Teil C die wesentlichen PKV-relevanten Änderungen des Sozialrechts im Rahmen des GKV-WSG sowie deren Auswirkungen behandelt. In den Unterpunkten werden die Themen in einem allgemeinen Teil kurz umrissen, um dann ausführlich in nachfolgenden Untergliederungen erläutert zu werden. Zur Erläuterung bestimmter Themenbereiche, wie z. B. Einschränkung des Kündigungsrechts des Versicherungsnehmers, zeigt Volker Marko Beispiele mit Lösungen der Fragestellung auf.

Im Anhang des Buches sind Musterbedingungen (2009) für Krankheitskosten- und Krankenhausstagesgeldversicherung, Krankentagesgeldversicherung, Allgemeine Versicherungsbedingungen für den Standard-

tarif sowie Allgemeine Versicherungsbedingungen (2009) für den Basistarif zu finden.

Die klare Strukturierung des Buches erleichtert das Auffinden von Themenbereichen und kann für Beschäftigte im Gesundheitswesen, besonders in PKV-relevanten Bereichen, ein hilfreiches Arbeitsbuch darstellen.

Barbara Meng

„Endlich schlafen“

Ingrid Füller, Stiftung Warentest Berlin, 2009, 224 Seiten, € 16,90

ISBN 978-3-86851-106-2

Ingrid Füllers leicht verständliches Buch erklärt zunächst das Phänomen Schlaf mit seinen Phasen und seinen vielen physiologischen Funktionen. Im Schlaf ist der Körper in einem sehr aktiven Zustand: Schlaf stärkt den Organismus. Junge Menschen schlafen anders als ältere. Kinder haben ihren eigenen Rhythmus. Es gibt auch frauenspezifische Schlafbedingungen. Und es gibt grundsätzlich auch die verschiedenen Schlafstadien: Lerchen stehen nun einmal früher auf und gehen früher zu Bett als Eulen.

Wenn es an Schlaf mangelt, fallen wichtige Funktionen aus. Das Buch führt eine erschöpfende Liste aller nur denkbaren Schlafstörungen an, seien es Einschlaf- oder Durchschlafstörungen, übermäßige Tagesmüdigkeit, Störungen im Wach-Schlaf-Rhythmus oder andere schlafgebundene Störungen. Es werden aber auch die besten Strategien für einen erholsamen Schlaf vorgestellt: Tagsüber helfen regelmäßige Rhythmen, viel Licht, Bewegung und Sport, leichte Ernährung und gelassener Umgang mit Streß. Für abends wird ein leichtes Abendessen und

die Entwicklung einer guten Schlafkultur empfohlen. Vorgelegt werden auch die richtigen Bedingungen für erholsamen Schlaf während der Nacht. Spezielle Empfehlungen werden auch gegeben zur perfekten Schlafumgebung für Kinder und zur besonderen Lage der Schichtarbeiter.

Eine Sektion des Buches befasst sich mit den Fällen, in denen professionelle Hilfe nötig wird: Zunächst wird der Gang zum Hausarzt empfohlen, im Weiteren werden die spezialisierte Schlafmedizin vorgestellt, so wie bewährte Methoden der Psychotherapie und eine Auswahl von Entspannungsmethoden. Schlafschulen und Lichttherapie finden auch Erwähnung. Ein Teil des praktischen und umfassenden Buches befasst sich mit Medikamenten von rezeptfreien Schlafmitteln bis zu Antidepressiva. Abgerundet wird der Band von einem Service-Teil mit Medikamentenbewertungen, Adressen, Schlaflaboren und Literatur. Das Buch ist sehr übersichtlich gegliedert und man

kann auch nur einzelne Teile lesen, die eine/n besonders interessieren. Besonders die Gliederung nach Stichworten ist praktisch. Praktisch sind auch die vielen Querverweise, die allerdings in ihrer Vielzahl manchmal das flüssige Lesen auch schwer machen.

Insgesamt ein guter Ratgeber für jedefrau/jedermann, wenn Probleme mit dem Schlafen auftreten oder auch nur Fragen zum Phänomen Schlaf. Sicher gibt es spezialisiertere Literatur, aber zum Einstieg ist dieses Buch gut geeignet.

Silvi Sterr

